Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 4 M., monatlich 1 M.; Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 4 M., monatlich 1 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich-Ungarn vierteljährlich 5 K 45 h.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet **10 Pfg.**

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153. Nr. 222. Nr. 1173.

Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW. 7. Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I. Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig u. Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 75 Pf.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.

Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 4 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: **Augustusplatz 8,** bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Tel. VI, 4603).

Nr. 101. **Freitag** 12. April 1907. **101. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* König Friedrich August besichtigte gestern in Chemnitz verschiedene Anstalten sowie das Militär und begibt sich heute zunächst nach Mittweida. (S. Sachsen.)

* Der Wirtschaftliche Ausschuß ist zum Zweck der Beratung über die Gestaltung der Handelsbeziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten auf den 22. April in das Reichsamt des Innern einberufen worden.

* Der Reichstag setzte gestern die Etatberatung beim Reichsamt des Innern fort. Dabei hielt Friedrich Naumann seine Jungfernrede. (S. Parlamentsbericht 2. Beil.)

* Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde ein freisinniger Antrag, die Lehrpläne der Volksschulen und der höheren Lehranstalten unter Ausmerzung der Vorschulen in organische Verbindung zu bringen, der Unterrichtskommission überwiesen. (S. Tschk. R.)

* Die gestrige Depesche von einem Attentat auf zwei Großfürsten wird amtlich für „grundlos" erklärt. (S. Ausl.)

* Auf dem Kriegsschiff „Cäsarewitsch" hat auf der Fahrt Kiel—Cronstadt eine schwere Meuterei stattgefunden. (S. Ausl.)

* Der französische Ausstand hat begonnen, scheint aber nicht allgemein zu werden. (S. Ausl.)

* Der Arbeiter-Ausstand am Suezkanal ist beendet.

* Der englische Generalkonsul in Kairo Lord Cromer hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. (S. Letzte Dep.)

Jules Cambon.

Für die französischen Diplomaten ist Algier ungefähr das, was Straßburg für unsere Verwaltungsbeamten und Universitätslehrer bedeutet: ein Sprungbrett. Herr Etienne, der als Minister zwei Portefeuilles nacheinander bekleidete, war gerade als algerischer Deputierter eine wichtige Person. Pichon, der Schatten des großen Clemenceau, amtierte vordem in Tunis, der Düsenbanne Algiers. Auch Herr Jules Cambon, der nach Monsieur Bihourds Abschied dem Palais am Pariser Platz einen neuen Herrn gibt, hat einst als Generalgouverneur in Algier seine ersten Lorbeeren gesammelt, um freilich dann den großen Sprung über das Wasser nach Washington zu tun. Die Stadt des Weißen Hauses gilt bei den Diplomaten der Alten Welt als erstklassiger Platz, an dem es nicht leicht ist, seine Position zu behaupten. Denn die Rezepte, welche für die Höfe der Alten Welt gelten, wo in London selbst ein Graf Wolff-Metternich zu Rande kommt, versagen nur zu leicht in der Residenz des großen Theodore, wo mit Bluff, Dollar und Unverfrorenheit die unwahrscheinlichsten Kunststücke exekutiert werden.

Als daher Herr Jules Cambon 1903 sich nach Madrid versetzen ließ, schien das nicht gerade eine große Beförderung zu bedeuten. Spanien war nach dem Pariser Frieden endgültig aus dem Concert der europäischen Großmächte ausgeschieden, wenn sein Vertreter bei uns auch noch den Titel Botschafter führt, und nachdem Kuba und die Philippinen verloren, die Karolinen verhökert waren, und die liberalen Anwandlungen Moretts so schnell ihr finsteres Grab fanden, hatte anscheinend ein Diplomat erster Klasse kein großes Arbeitsfeld mehr in Madrid. Aber der Bruder Paul in London wußte, was er tat, als er Herrn Loubet ersuchte, Jules nach Madrid zu versetzen: es galt, mit dem Reste des Widerstandes, der sich in Spanien noch gegen das Franzosentum und die Engländerei fand, und den seit Alfons' XII. Zeiten noch perzierenden Sympathien für Deutschland und den Dreibund gründlich aufzuräumen. Und Jules Cambon hat das so glänzend getan, daß der Sohn des „Roi Alfon" heute völlig im Kielwasser der englisch-französischen Entente segelt, und in Cartagena heute der Schlußstein in das Bollwerk der Westmächte gefügt ist.

Nach diesem Befähigungsnachweis erschien Jules Cambon würdig, der Nachfolger Bihourds zu werden. Wir wollen nicht etwa den Schein auf uns laden, als gehörten wir zu den unhöflichen Leuten, die dem französischen Diplomaten, der die angenehmen Allüren und die diskrete Eleganz des vollendeten Weltmannes, wie das offiziöse Lobgetön sagt, besitzt, lieber die Faust unter die Nase als die Hand zum Gruße strecken — die Person des zweifellos fähigen und eleganten französischen Botschafters kommt nach ihrer menschlichen Seite hin für uns gar nicht in Frage. Wohl aber ist es der Diplomat Cambon, dem wir eine Minute widmen müssen.

Der Kaiser hat Herrn Jules Cambon als Vertreter der französischen Republik mit den üblichen Ehren empfangen. Herr Cambon hat bei Herrn von Tschirschky Besuch gemacht — damit ist seine offizielle Wirksamkeit eröffnet. Herr von Tschirschky ist natürlich für einen Jules Cambon, der in Eduards Schule klug geworden ist, kein gefährlicher Gegner, aber Cambon weiß genau, wer bei uns die Auslandspolitik in den Grundlinien entwirft, und ferner, daß Herr von Tschirschky tatsächlich nichts als ein Sekretär ist. Herr Bihourd war für die Politik des heutigen Frankreich nicht mehr der rechte Mann in Berlin, aus seinen Berichten klang noch immer die ehrliche Besorgnis, das Land der größten Armee möchte unnötig zum Dreinschlagen gereizt werden, er achtete noch sehr sorgsam auf die Launen des deutschen Reichskanzlers — heute ist die Situation eine andere. Die Batterien sind heute bereits gegen uns im Bau, es gilt nur für den französischen Botschafter, genau über die Stimmung der allerhöchsten Stelle in Berlin informiert zu sein und diese nach den Bedürfnissen der englisch-französisch-spanischen Allianz nach Kräften zu beeinflussen. Das ist natürlich nicht leicht, denn in dem Augenblicke, in welchem der Kaiser den Versuch, seinem Willen eine gewisse Richtung zu geben, merkt, zerschlägt er mit einem zornigen Schlag das ganze feine Filigranbildwerk diplomatischer Kunst, und Herr Cambon würde zu seinem Schrecken merken, daß der chevaleresque Souverän sehr grob werden könnte. Das wußte man aber in Paris, als man Jules Cambon nach Berlin schickte, um die Politik der Westmächte dort zu betreiben. Herr Cambon ist ein gewandter, in allen Sätteln gerechter Diplomat, und im Bunde mit dem militärischen Vertreter der Republik, Herrn Lecomte, ist er eine Figur auf dem Schachbrett der Politik in Berlin, die unseren Jünftigen noch mancherlei Ueberraschungen bringen wird. Die vorbereitenden Züge hat Herr Lecomte schon besorgt. Natürlich wußte er längst, daß der kürzeste und sicherste Weg zum Kaiser über Liebenberg gehe, und Philipp Eulenburg bot dem französischen Militärattaché die Möglichkeit, in Liebenberg direkt mit dem deutschen Kaiser in Berührung zu treten, ohne daß einer unserer Minister oder Diplomaten Zeuge zu sein für nötig hielt. Was wohl Bismarck zu solcher kleinen Eulenburgerei gesagt hätte? Wahrscheinlich wäre der elegante französische Hauptmann auf dem schnellsten Wege von Berlin verschwunden, oder der verantwortliche Leiter der deutschen Reichspolitik gegen das Ausland hätte Wilhelm I. sein Portefeuille zur Verfügung gestellt.

Herr Lecomte aber ist ohne Zweifel ein vorzüglicher Schrittmacher seines neuen Botschafters gewesen, der nun das große Rennen machen soll. Ein solches ganz großes Match müßte ja eigentlich unsere Staatskünstler reizen, wenn nur nicht die Gefahr bestände, daß Cambon und Lecomte mit Mitteln arbeiten können, die unter Umständen die normale, geschäftsmäßige Arbeit unserer eigenen Diplomatie lahmlegen und ihnen Wege offen lassen, die von Rechtswegen einem treuen Agenten mit undurchdringlichen Dornenwall verrammelt sein sollten. Wir befürchten, daß der Name Cambon mit einer Periode deutscher Geschichte verknüpft sein wird, die der Periode Benedetti in der preußischen Historie verzweifelt ähnlich sieht. Das wird natürlich niemand heftiger bestreiten als Herr Cambon selbst. Er ist ja gekommen mit dem ausdrücklich genehmigten Programm, die guten Beziehungen zwischen Frankreich und uns zu pflegen. Nur schade, daß neben seiner Friedensschalmei die abgerissenen Fanfaren des Herren Bailloud und Genossen tönen. König Eduard in Cartagena eine neue Batterie gegen uns einbaut, und kein vernünftiger Mensch mehr im Zweifel ist, gegen wen die Haager Fahnenzeln gelegt sind. Einst sprach Fürst Bülow vom bord d'abimes; heute wandeln wir, wenn die Hoffnungen unserer westlichen Freunde sich erfüllen, bereits am Rande des Abgrundes, und Herr Jules Cambon ist sicher nicht nach Berlin dirigiert, um uns rechtzeitig von ihm zurückzureißen. Nach Ansicht Eduards und Clemenceaus kommt die Vorliebe des Kaisers für französische Charme und sein Wille, die Pariser für sich einzunehmen, Herrn Cambon zu Hilfe. Aber wir erinnern ergebenst daran, daß auch der Hohenzoller, der in weit stärkerem Maße Sinn für alles Französische besaß als Wilhelm II., am heftigsten vom Leder zog, als er die gallischen Ränke spürte, und wir haben trotz Liebenberg, Lecomte und Eduard die Zuversicht, daß das nationale Bewußtsein des Kaisers der Stein sein wird, auf dem das hübsche Gefäß des Töpfers Eduard elend in Scherben springt.

Eine Herausforderung des Geheimrats Opitz.

Aus nationalliberalen Kreisen Sachsens ist der „Mat.-Ztg." und dem „Leipziger Tageblatt" gleichzeitig ein Artikel zugegangen, der sich mit neuerdings von seiten des Herrn Opitz gegen den linken Flügel der Nationalliberalen erhobenen Angriffen beschäftigt, den er mit dem Ausdruck „Linksliberalismus" zu charakterisieren sucht. Er hat diesen Begriff in Reden, die er in Bubendorf und Kierzschch hielt, dahin zu kennzeichnen gesucht, daß der Linksliberalismus den dreifachen Schlachtruf ausgebe: Fort mit dem Kartell — fort mit der agrarischen Herrschaft in Sachsen — fort mit dem bestehenden Landtagswahlrecht. Hierzu bemerkt die Zuschrift aus nationalliberalen Kreisen: Wir akzeptieren diesen Schlachtruf sehr gern für die nationalliberale Partei. Er kann und wird vielleicht die Parole für die Landtagswahlen im Herbst abgeben. Wir können Herrn Opitz nur zurufen: Dank, daß Du uns dies Wort gelehrt.

Die Zuschrift, der wir durchaus zustimmen, legt dann zunächst dar, daß gerade die Reichstagswahlen dieses Jahres, die den großen Erfolg hatten, nicht unter dem alten Kartellgedanken erfolgt sind. Denn unter ihm verstand man ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien bei der Hauptwahl, und ein solches hat in 7 Wahlkreisen nicht stattgefunden, dort einigte man sich erst bei der Stichwahl.

Recht schwach ist es mit den Gründen bestellt, die Herr Opitz dafür anführt, die Anklagen gegen die agrarische Vorherrschaft in Sachsen hätten heute jeden Grund verloren. Nach den „Dresdner Nachrichten" behauptet Herr Opitz, selbst der wirtschaftlich Blödeste müßte einsehen, daß es geradezu ein Verbrechen gewesen wäre, wenn die Reichsregierung seinerzeit dem wüsten Geschrei nach Aufhebung der Grenzsperre nachgegeben hätte. Man sieht, daß auch ein Geh. Hofrat nicht umsonst Stuben in der Lektüre der „Leipziger Volkszeitung" macht und sich gern der Superlative bedient, um dadurch zu Bubendorf und Kierzschch zu wirken. Die weitesten Kreise des sächsischen Volkes sind auch heute noch der Meinung, daß bei einer Frage, wie der der Fleischteuerung, zwar nicht allein der Konsumentenstandpunkt, aber auch nicht allein der Standpunkt des Produzenten in Betracht komme, und daß es die Entwicklung des Deutschen Reiches nötig macht, auf jene nach Millionen zählenden Kreise Rücksicht zu nehmen, deren standard of life von der Höhe der Lebensmittelpreise mit abhängig ist. Wenn tatsächlich die Lebenshaltung der Einzelnen nicht teurer geworden wäre, so würde man es gar nicht verstehen, daß erst vor kurzem der Reichstag eine allgemeine Zulage für alle Reichsbeamten bewilligt hätte, die gerade mit dieser Verteuerung der Lebensmittel begründet und von allen Parteien angenommen wurde. Ebenso wenig kann Herr Opitz die segensreiche Wirkung der Handelsverträge damit beweisen, daß gegenwärtig Handel und Industrie in Sachsen gut beschäftigt sind. Wenn Herr Opitz sich informieren will über den Zusammenhang der gegenwärtigen Hochkonjunktur mit der gleichzeitig in verschiedenen Ländern auftretenden Steigerung der Kaufkraft der Bevölkerung, d. h. mit einer Weltkonjunktur, so empfehlen wir ihm, den Bericht über die Hauptversammlung des unter dem Protektorat des Königs von Sachsen bestehenden Exportvereins für das Königreich nachzulesen. Er würde da finden, weshalb derzeit die neuen Handelsverträge in ihrer Wirkung vielfach analysiert worden sind. Die Herrschaft der neuen Handelsverträge dauert bekanntlich 12 Jahre, und man wird ein abschließendes Urteil über ihre Wirkung erst fällen können, wenn ein größerer Zeitraum vergangen ist. Im übrigen zeigt die noch immer nicht durchgesetzte Reform der Ersten Ständekammer, wie sehr der agrarische Einfluß noch in Sachsen lebendig ist, und Herr Opitz wird bei den nächsten Landtagswahlen vielleicht dieselbe Erfahrung machen wie bei den letzten Wahlen: daß weite Kreise der nationalen Bevölkerung einen Ersatz der konservativ-agrarischen Vertreter durch solche Männer fordern, die der wirtschaftlichen Struktur des Königreichs und den sich daraus ergebenden Forderungen mehr Verständnis entgegenbringen.

Geradezu unverständlich ist aber die Haltung des Herrn Geheimrat Opitz, die er gegenüber dem Landtagswahlrecht einnimmt. Er behauptet, das sächsische Volk könne mit diesem Wahlrecht nicht so unzufrieden sein, weil ja trotzdem die Reichstagswahlen so gut ausgefallen seien. Dieser Satz liest sich geradezu wie eine Verhöhnung des sächsischen Volkes! Weil die nationale Begeisterung so groß war, daß man einzelnen bürgerlichen Parteien selbst ihre Sünden bei der Wahlrechtsverschleppung verzieh, so soll daraus hervorgehen, daß der Linksliberalismus im Unrecht war, wenn er die Abschaffung des jetzt geltenden Landtagswahlrechtes gefordert hat! Herr Opitz scheint sich auch nicht, den Satz auszusprechen, der „Linksliberalismus" habe erst der Sozialdemokratie neuen Mut dazu gegeben, die Arbeiter gegen das Wahlrecht scharf zu machen, und die Folge davon seien die blutigen Vorgänge in Dresden bei dem sogenannten Totenbergputsch gewesen. Es lohnt sich nicht, auf eine derartige — man muß es einmal herussagen — dreiste Denunziation ernsthaft einzugehen, es genügt, sie einfach niedriger zu hängen. Einen geradezu grotesken Seitensprung macht dann Herr Opitz weiter, indem er — der die Forderungen des Liberalismus nach Beseitigung des jetzigen Landtagswahlrechtes durch die tatsächlichen Ereignisse als überwunden anniete — nun seinerseits ausführt: auch seiner Auffassung nach könne dieses Wahlrecht sich nicht länger halten, und die konservative Partei sei bereit, ohne Rückhalt in die Frage der Wahlreform einzutreten! Bezeichnend ist übrigens bei der Reformfreudigkeit des Herrn Opitz, daß er die Scheidung zwischen städtischen und ländlichen Wahlkreisen beibehalten will; denn ohne diese würde die Landwirtschaft ohne entsprechende Vertretung in der Kammer sein. In die Sprache des Linksliberalismus übersetzt heißt das, daß die Beibehaltung der Scheidung eben die unnütze Vorherrschaft des Agrarkonservativismus in Sachsen stabilisiert hat, und daß Herr Opitz sie auch weiterhin zu erhalten wünscht.

Herr Opitz bemerkte nach dem Bericht der „Dresdner Nachrichten" ferner, er wünsche nicht, den Kampf mit dem Linksliberalismus neu aufzunehmen. Herr Opitz wird aber wohl selbst nicht erwarten, daß es ihm gestattet sei, mit geradezu unglaublichen Sophismen, die von ihm unter dem Namen des Linksliberalismus bekämpfte, nationalliberale Richtung anzugreifen, ohne daß diese sich ihrer Hand wehrt.

Die Zuschrift schließt darum: Wahrscheinlich sollen diese Angriffe das Präludium für die im Herbst stattfindenden Landtagswahlen in Sachsen sein. Aus kann das nur recht sein: Bitt der Herr Geheimrat den Tanz wogen, wir sind bereit, ihm aufzuspielen.

Pensionsversicherung der Privatangestellten.

II.

Die öffentlichen und privaten Fürsorgeeinrichtungen, die zurzeit den Privatangestellten für eine Pensions- und Hinterbliebenenversicherung zu Gebote stehen und teils auf freiwilliger Selbstversicherung, teils auf vertragsmäßiger und obligatorischer Verpflichtung und Zwang beruht, lassen sich in vier Gruppen einteilen. Es sind a. die allgemeinen Lebens- und Rentenversicherungsanstalten auf Aktien oder Gegenseitigkeit, b. die Pensions-, Witwen- und Waisenkassen der Handlungsgehilfen- und Privatbeamtenverbände und -vereine, c. die Pensionskassen und Pensions- und Unterstützungsfonds der die Angestellten beschäftigenden Betriebe und schließlich d. die staatliche Invaliden- und Altersversicherung. Jeder dieser vier Einrichtungen oder Gruppen von Einrichtungen haften in bezug auf die Pensionsversicherung der Privatangestellten neben manchen besonderen Vorzügen auch besondere Mängel an, die sie, trotz ihres hohen Wertes und großen Segens an sich, für den gedachten Zweck im ganzen doch nur als wenig ausreichend und unvollkommen erscheinen lassen.

Die allgemeinen Vorteile der Lebens- und Rentenversicherung sind bekannt, die Versicherung einer für Pension und Hinterbliebene auch nur einigermaßen hinlänglichen Kapital- oder Rentensumme setzt jedoch bei den dem großen Personal- und Agentenapparat entspringenden beträchtlichen Verwaltungskosten Prämienzahlungen voraus, die nicht der Masse, sondern nur den obersten Schichten der Privatangestellten erschwinglich sind. Bei der großen Verschiedenartigkeit der Tarife und Bedingungen würde die Anführung von Prämiensätzen hier zu weit führen und nur beschränkten Wert haben; daß aber die Lebens- und Rentenversicherung von Privatangestellten tatsächlich nur in geringem Umfange benutzt wird und nur für einen kleinen Kreis unter ihnen in Betracht kommt, lehren schon die Zahlen der Statistik. Bei den unter Reichsaufsicht stehenden Aktiengesellschaften und Gegenseitigkeitsvereinen, einschließlich der darunter fallenden Angestelltenvereine betrugen Ende 1903:

A. bei der Kapitalversicherung, und zwar

a) bei den Aktiengesellschaften:

	Kapitalversich. überhaupt (1 Gesellsch.)	Todesfallversich. einschl. Sterbekass. (26 Gesellsch.)	Lebensfallversich. (29 Gesellsch.)	Rentenversicher. (6 Gesellsch.)
Der Policenbestand in 1000 Policen	6375	1129	243	4003
Die Versicherungssumme in Millionen Mark	4911	8777	425	706
Der Durchschnittsbetrag der Versicherungssumme	914	8368	1793	176

b) bei den Gegenseitigkeitsvereinen:

	Kapitalversich. überhaupt (1 Verein)	Todesfallversich. einschl. Sterbekass. (10 Vereine)	Lebensfallversich. (15 Vereine)	Rentenversicher. (3 Vereine)
Der Policenbestand in 1000 Policen	1185	716	311	158
Die Versicherungssumme in Millionen Mark	4060	8580	453	27
Der Durchschnittsbetrag der Versicherungssumme in ℳ	3426	6000	1457	171

B. bei der Rentenversicherung, und zwar

	a) bei den Aktiengesellschaften (2):	b) bei den Gegenseitigkeitsvereinen (15):
der Policenbestand	27 705 Policen	22 411 Policen,
die versicherte Jahresrente	14 255 000 ℳ	4 321 000 ℳ
Durchschnittsrente auf 1 Police	475 „	195 „

Betrachtet man die Zahl der Policen und die Summen und Durchschnittsbeträge und bedenkt man, daß für alle Berufsstände: Großindustrielle, Landwirte, Kaufleute, Handwerker, Gewerbetreibende, Aerzte, Rechtsanwälte, Künstler, Schriftsteller, Lehrer usw. (1895 zusammen 5 904 120 Selbstständige bezw. in leitender Stellung befindliche, davon 5 474 046 in Landwirtschaft, Industrie und Handel und 400 074 in freien Berufen) und öffentliche und Privatbeamte und Arbeiter insgesamt nur 1 838 000 Todesfall- und 559 000 Lebensfall-Versicherungen über 7457 bezw. 381 Millionen Mark neben kaum 50 000 Renten-Versicherungen über rund 18 Millionen Mark Jahresrente bestanden, so wird man die auf Privatangestellte entfallenden Policenzahlen und Versicherungssummen jedenfalls sehr niedrig annehmen müssen.

Wie groß sie in Wirklichkeit sind, werden die Ergebnisse der im Gange befindlichen oder schon zu Eingaben und Vorlagen verdichteten Erhebungen wohl zeigen; daß aber namentlich auch die Mitgliederzahl der Pensions- und Witwenkassen der Handlungsgehilfen- und Privatbeamten-Vereine im Vergleich zu der großen Masse der Privatangestellten nur eine bescheidene Höhe zu erreichen vermocht hat, trotz der großen Vorteile, die diese Institute an sich wie durch ihren die Verwaltungskosten verbilligenden Aufbau auf vorhandene Vereinsorganisationen bieten, erhellt aus ihren Berichten und Statistiken. So weist die Pensionskasse des Deutschen Privatbeamten-Vereins in Magdeburg für Ende 1905 einen Bestand von 5097 Mitgliedern mit 14 947 Versicherungen und 3 844 Anteilen und an Pensionsempfängern 318 Mitglieder mit 403 Versicherungen und 1388 Anteilen auf, während sich die im Jahre 1905 gezahlten Pensionen auf 30 506 ℳ, also im Durchschnitt reichlich auf 800 ℳ für 1 Empfänger und die in der Bilanz erscheinenden Fonds auf etwas über 6½ Millionen Mark belaufen. Die Witwenkasse desselben Vereins zählt Ende 1905 2633 Mitglieder mit 3756 Versicherungen und 1 078 Anteilen, 47 064 ℳ im Jahre 1905 gezahlte Pensionen, und Fonds in Höhe von 1,8 Millionen Mark. Aehnliche anerkennenswerte Einrichtungen besitzen der Verein für Handlungskommis von 1858 in Hamburg, der Verband deutscher Handlungsgehilfen in Leipzig und manche andere Angestellten-Vereine. Die Pensionskasse des Hamburger Vereins zählt nach den Veröffentlichungen für 1905 über 8200 Versicherungen bei einem Kassenvermögen von über 9 Millionen Mark. Pensionsberechtigt sind nach demselben Ausweis 136 Witwen, 56 Invaliden, 72 Altersrentner und 1 Waise; sie erhalten insgesamt eine jährliche Pension von über 126 000 ℳ, im Durchschnitt auf den Kopf eines Empfängers also über 400 ℳ. Daneben besteht als Ergänzung der Rentenversicherung der Pensionskasse noch eine besondere Hinterbliebenen- und Alterspersorgungskasse mit einem Versicherungsbestand von 4 Millionen Mark. Beim Verband deutscher Handlungsgehilfen endlich betrug am 31. Oktober 1906 das Vermögen seiner Witwen- und Waisenkasse 927 372 ℳ, das seiner Alterspersorgungs- und Invaliditätskasse 542 316 ℳ. Die Mitgliederzahl war 5960 einschließlich der versicherten Frauen und Kinder, die der Rentenempfänger 133, nämlich 73 Witwen mit zusammen 12 083 ℳ Jahresrente, darunter als höchste 746 ℳ, 39 Waisen mit zusammen 1738 ℳ jährliche Renten, darunter als höchste 183 ℳ und 21 Invaliden mit 528 ℳ Alters- und Invalidenrenten, darunter als höchste Rente 1061 ℳ.

Es dankenswert und nützlich solche Einrichtungen und so groß ihre Segnungen sind, so klein ist doch der Kreis, dem sie zugute kommen, im Verhältnis zu den 70 000 Mitgliedern des Hamburger, den 75 000 des Leipziger Vereins, oder den 463 527 Mitgliedern der 30 kaufmännischen und Privatangestellten-Verbände überhaupt, die sich der Bewegung für eine allgemeine, staatliche Pensionsversicherung angeschlossen haben. Anlaßmehr ist es auf der anderen Seite anzuerkennen, daß sich unerwartet einer solchen gleich auch die Prinzipale ihrerseits, nicht allein durch Unterstützungen, Stiftungen und Zuwendungen an die Gehilfenkassen, sondern daneben und neben ihren Opfern für die staatliche Invaliditäts- und Alterspersicherung auch durch Gründung von Pensionskassen und Pensions- und Unterstützungsfonds für die Angestellten ihrer Betriebe, eine Fürsorge für diese haben angelegen sein lassen. Namentlich ist dies seit längerer Zeit schon und neuerdings in zunehmendem Maße seitens vieler Großbanken und industrieller Großbetriebe, ebenso aber auch seitens mancher Warenhäuser und anderer Großunternehmungen der Fall gewesen. In dem Vorteil der auf der Organisation des Betriebs beruhenden, billigen Verwaltung gesellt sich hier der weitere Vorteil der Einbeziehung sämtlicher Angestellten des betreffenden Betriebes auf Grund mäßiger oder überhaupt keiner von den Angestellten zu leistenden Beiträge; dagegen wird der Nutzen dieser Einrichtungen andererseits wieder dadurch eingeschränkt und in Frage gestellt, daß der Angestellte bei Wegzug aus seiner Stellung seines Versicherungsanspruches in der Regel verlustig geht und vielfach einen solchen auch bei jahrelanger Tätigkeit in dem Betriebe gar nicht erwirbt, zumal wenn die betreffende Kasse oder der betreffende Fonds, wie es fast durchweg bis jetzt der Fall ist, keine ausgeschiedene Vermögensmasse eines selbständigen Rechtssubjekts, sondern einen nur in der Bilanz für sich erscheinenden, jederzeit von der Gestaltung und Leitung des Betriebes und Geschäftes abhängigen, im Konkursfalle dem Zugriff der Gläubiger offenstehenden Bestandteil der Geschäftsaktiva bildet. In gerechter Würdigung dieser Mängel will die im Entstehen begriffene Vereins-Versicherungsbank in Düsseldorf den Inhabern solcher Betriebe und anderen Prinzipalen einen Weg eröffnen, sich zur Errichtung und Förderung eines die Organisation und Verwaltung der einzelnen Betriebe zwar behandelnden, finanziell und versicherungstechnisch aber selbständigen, einheitlichen und gemeinsamen Versicherungsinstituts zusammenzuschließen, für das einige Millionen Mark Betriebskapital bereits gezeichnet sind. Die näheren Einzelheiten der auch nur die Grundzüge der in Aussicht genommenen Einrichtungen und Bedingungen sind indessen noch nicht genügend festgestellt und be-